Zusammenfassende Erklärung der Gemeinde Wendisch Priborn für den Bebauungsplan Nr. 2 Sondergebiet „Biogasanlage“ gemäß § 10 Abs. 4 BauGB über die Berücksichtigung der Umweltbelange und der Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

Ziel des Bebauungsplanes Nr. 2

Der neue Betreiber, die Biogas Investor GmbH & Co.KG, Schauenburger Straße 61. 20095 Hamburg, betreibt die seit 2010 in Tönchow in Betrieb befindliche Biogasanlage einschließlich BHKW mit einer Feuerungsleistung von 681 kW. Hierbei handelt es sich um eine nach § 35 Abs. 1 Nr. 6 d) BauGB und nach BImSchG genehmigte Biogasanlage. Die aus der am Standort anfallende Schweinegülle der Schweinemast- und Ferkelaufzuchtanlage sowie Maissilage als Co- Substrat werden in der Biogasanlage vergoren.

Der Strom wird in das öffentliche Netz eingespeist, die Wärme für die Versorgung der Schweine- und Ferkelställe genutzt, so dass der Energiebedarf regenerativ und eigenständig bereitgestellt werden kann.

Durch die geplante Erhöhung der Leistung auf mehr als 1,0 MW (Feuerungswärmeleistung), ist keine Privilegierung mehr nach § 35 Abs. 1 Nr. 6 d) BauGB gegeben. Es ist eine verbindliche Bauleitplanung aufzustellen. Mit der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 2 soll eine Erhöhung der Feuerungswärmeleistung des BHKW (ca. 1,88 MW) geregelt werden. Geplant ist die Erhöhung der elektrischen Leistung auf 800 kWh/h. Damit verbunden sind auch Umbau- bzw. Anpassungsmaßnahmen an den bestehenden Anlagen (z.B. Notkühlung, Gasfackel). Es werden ca. 1,5 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Verfahrensablauf

Zur Schaffung der entsprechenden planungsrechtlichen Voraussetzungen haben die Gemeindevertreter der Gemeinde Wendisch Priborn in ihrer Sitzung vom 08.11.2012 den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 2 gefasst. Die Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses erfolgte im Amtsblatt, der Plauer Zeitung Nr. 12 vom 19.12.2012.

Der Vorentwurf des Bebauungsplanes Nr. 2 mit Begründung und Umweltbericht wurde auf der Gemeindevertreterversammlung vom 25.04.2013 gebilligt und zur frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden bestimmt.

Mit Schreiben vom 07.05.2013 wurden die berührten Behörden, Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden zur Abgabe einer Stellungnahme auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung aufgefordert.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB wurde im Rahmen einer öffentlichen Auslegung des Vorentwurfs des Bebauungsplanes Nr. 2 vom 16.05.2013 bis zum 31.05.2013 durchgeführt. Die Information zur Auslegung wurde im Amtsblatt, der „Plauer Zeitung“ Nr. 5/2013 vom 08.05.2013 ortsüblich bekanntgemacht.

Die vorgebrachten Stellungnahmen im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung wurden auf der Gemeindevertreterversammlung am 07.11.2013 gemäß § 1 Abs. 7 BauGB geprüft. Das Abwägungsergebnis ist den Einwendern mit Schreiben vom 18.12.2013 mitgeteilt worden.

Unter Abwägung der im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung eingegangenen Stellungnahmen aller Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit gegeneinander und untereinander, wurde der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 2 erstellt.

Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 1 mit Begründung und Umweltbericht wurde durch die Gemeindevertreter am 07.11.2013 gebilligt und zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Die Bekanntmachung der Auslegung wurde im Amtsblatt, der „Plauer Zeitung“ Nr. 12/2013 vom 18.12.2013 veröffentlicht. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 2 mit Begründung und Umweltbericht, den umweltbezogenen Stellungnahmen sowie dem Schall-

technischen Gutachten und der Geruchsimmissionsprognose hat in der Zeit vom 06.01.2014 bis zum 07.02.2014 öffentlich ausgelegt. Die berührten Behörden und Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 18.12.2013 von der öffentlichen Auslegung benachrichtigt und zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.

Die vorgebrachten Stellungnahmen im Rahmen der öffentlichen Auslegung wurden auf der Gemeindevertretersitzung am 21.05.2014 gemäß § 1 Abs. 7 BauGB geprüft. Die in die Abwägung eingestellten Belange führten nicht zu Planänderungen, so dass auch der Satzungsbeschluss auf der Gemeindevertretersitzung am 21.05.2014 gefasst wurde.

Das Abwägungsergebnis ist den Einwendern mit Schreiben vom 26.05.2014 mitgeteilt worden.

Beurteilung der Umweltbelange

Zum Bebauungsplan Nr. 2 wurde zur Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes eine Umweltprüfung durchgeführt, deren Ergebnisse im vorliegenden Umweltbericht dargelegt wurden. Die Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit und der berührten Behörden / Träger öffentlicher Belange wurden entsprechend der Abwägungsergebnisse bewertet. Der Umweltbericht wurde im Zuge des Planverfahrens fortgeschrieben.

Zur Beurteilung der Planung aus der Sicht von Naturschutz und Landschaftspflege wurden folgende Methoden und Verfahren verwendet:

Folgende Methoden und technische Verfahren wurden verwendet:

- Biotopkartierung unter Verwendung der „Anleitung für Biotopkartierungen im Gelände“ (Schriftenreihe des LAUN 1998 / Heft 1),
- Ermittlung des Umfangs der Ausgleichsmaßnahmen unter Anwendung der „Hinweise zur Eingriffsregelung“ (Schriftenreihe des LUNG 1999 / Heft 3, Stand der Überarbeitung 01.2002),

Quellen

- Ergänzende Planunterlagen Beratende Ingenieure SHN GmbH Chemnitz (Eingriffs- Ausgleichsbilanzierung Stand 2011-01-19 / Schallgutachten auf Basis der TA Lärm 2011-12-14 / Ausbreitungsberechnung für Luftschadstoffe 2011-12-06)
- Immissionsprognose für Geruch und Ammoniak vom 25.10.2010 (Beratende Ingenieure Bau-Anlagen-Umwelttechnik SHN GmbH aus Chemnitz)
- Emissions- und Immissionsprognose für Geruch, LMS Agrarberatung / LMS Landwirtschaftsberatung M-V / S-H GmbH vom 06.11.2013
- Emissions- und Immissionsprognose für Schall, LMS Agrarberatung / LMS Landwirtschaftsberatung M-V / S-H GmbH vom 29.01.2014

Die Eingriffe in Natur und Landschaft wurden unter Berücksichtigung von anerkannten Beurteilungsmaßstäben bewertet.

Von den Auswirkungen des Bebauungsplans sind besonders die Umweltbelange Tiere und Pflanzen, einschließlich ihrer Lebensräume, Boden, Grundwasser, sowie das Landschaftsbild betroffen. Die Auswirkungen sind aber nicht erheblich.

Zur Minderung der Umweltauswirkungen wird eine überbaubare Grundfläche festgesetzt; und es wurden Ersatzmaßnahmen nachrichtlich übernommen, die Bestandteil der Genehmigung der Biogasanlage waren. Zusätzliche Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen waren nicht erforderlich, da keine Neuversiegelungen durch die Leistungserhöhung der Biogasanlage erfolgen. Alternative Planungsmöglichkeiten wurden geprüft, mit dem Ergebnis, dass der gewählte Plan am besten geeignet ist, die verfolgten Ziele zu erreichen.

Eine Prüfung der Schutzanforderungen des FFH – Gebietes ergab das erhebliche Beeinträchtigungen auszuschließen sind und keine FFH- Vorprüfung durchzuführen ist.

Im Rahmen des Umweltberichtes wurde in einem artenschutzrechtlichen Fachbeitrag vorausschauend ermittelt und bewertet, ob die vorgesehenen planerischen Darstellungen einen artenschutzrechtlichen Konflikt entstehen lassen können, der die Vollzugsfähigkeit dauerhaft unmöglich erscheinen lässt. Ein Konflikt konnte ausgeschlossen werden. Artenschutzrechtliche Ausnahmeanträge entsprechend der artenschutzrechtlichen Verbote des § 44 BNatSchG (unter Berücksichtigung Europäische Vogelarten sowie der Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie) sind nach derzeitigem Kenntnisstand nicht zu stellen.

Alternative Planungsmöglichkeiten wurden geprüft, mit dem Ergebnis, dass der gewählte Plan am besten geeignet ist, die verfolgten städtebaulichen Ziele zu erreichen, da es sich um eine Erweiterung einer bestehenden Biogasanlage handelt.

Abwägungsvorgang

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB frühzeitig um ihre Stellungnahme zum Bebauungsplan Nr. 2 gebeten. Im Rahmen der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB erfolgte die Beteiligung der berührten Behörden und Träger öffentlicher Belange. Im Ergebnis der Beteiligungen wurde deutlich, dass für den Bereich des Bebauungsplanes keine entgegenstehenden Planungen beabsichtigt oder eingeleitet werden sollen. Von Bürgern wurden sowohl im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung als auch während der öffentlichen Auslegung keine Stellungnahmen vorgebracht.

Entsprechend Hinweis des LUNG M-V im Rahmen der öffentlichen Auslegung erfolgte eine Überarbeitung der Emissions- und Immissionsprognose für Schall. Die Einhaltung der Immissionswerte ist weiterhin gegeben.

Es wurden Aussagen zur Löschwasserversorgung in der Begründung auf Hinweis des Landkreises Ludwigslust-Parchim, Brandschutz, ergänzt.

Die untere Naturschutzbehörde hat die im Zuge der Genehmigung der Biogasanlage ausgewiesene Ersatzfläche am Rand der Ortslage Tönchow bestätigt. Die Maßnahme ist bereits umgesetzt.

Die Gemeinde Stuer hatte in der Stellungnahme Befürchtungen zu Geruchsbelästigungen vorgebracht. Durch die Änderung der Biogasanlage werden keine nachteiligen Auswirkungen durch Geruchsimmissionen hervorgerufen und die Erfüllung der sich aus § 6 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG ergebenden Anforderungen sind bezüglich der zu erwartenden Geruchsimmissionen sichergestellt. Dieses Ergebnis aus der Emissions- und Immissionsprognose für Geruch wurde der Gemeinde mitgeteilt.

Die Stadt Meyenburg/Amt Meyenburg hat darum gebeten, den Nachweis der Anbauflächen und den Eigentüternachweis sowie die Nennung der Transportwege zu erbringen. Die Transportwege über öffentliche Straßen wurden in der Begründung ergänzt. Der Nachweis der Anbauflächen und deren Eigentümer sind im Rahmen der Bauleitplanung nach BauGB und aus Datenschutzgründen nicht möglich. Die entsprechende Prüfung erfolgt im BImSchV-Verfahren. Dieses wurde mitgeteilt.

Alle Stellungnahmen wurden untereinander und gegeneinander abgewogen. Im Rahmen der Abwägung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wurden Anregungen/hinweise in die Planung aufgenommen und die Entwürfe angepasst.

Überwachung

Zur Überwachung erheblicher, nicht vorzusehender Umweltauswirkungen ist vorgesehen, auf Veranlassung Kontrollen durchzuführen und die Umsetzung der festgesetzten Ausgleichsmaßnahmen zu kontrollieren.